

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1898**

11.2.1898 (No. 41)



# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 11. Februar.

№ 41.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Voranzahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1898.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 26. Januar d. J. gnädigst geruht, den Fortpraktikanten Jakob Neufirch von Zell a. N. als Oberförster für die städtische Bezirksforsterei Billingen zu bestatigen.

Mit Entschliebung Großh. Steuerdirektion vom 5. Februar d. J. wurde die Veretzung des Steuerkontrolleurs Geisel in Bretten zum Großh. Finanzamt Stodach zurückgenommen.

Mit gleicher Entschliebung wurde Steuerkontrolleur August Geisel beim Großh. Finanzamt Bretten zum Großh. Finanzamt Ueberlingen und Steuerkontrolleur Adolf Herrmann beim Großh. Finanzamt Ueberlingen zum Großh. Finanzamt Stodach veretzt.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### \* An einem Wendepunkte

Ist wieder einmal die Entwicklung der kretischen Frage angelangt. Daß die von Rußland vorgeschlagene Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland, trotz der ihr von Seiten der Regierungen Frankreichs und Englands zutheil gewordenen Unterstützung, nunmehr aufgegeben ist, wird in einer amtlichen Erklärung des russischen „Regierungsbots“ bestätigt. Zur selben Zeit, da Herr v. Bülow im Deutschen Reichstage die Stellung Deutschlands zur kretischen Angelegenheit darlegte, hat Lord Salisbury im englischen Oberhause die Kandidatur des griechischen Prinzen als eine England willkommene bezeichnet. Es darf ja nicht verwundert werden, daß die amtliche russische Erklärung, man habe nicht veräußert, die europäischen Regierungen zu benachrichtigen, „daß Rußland die Verantwortung von sich für alle ungünstigen Folgen ablehnt, welche nach seiner Meinung durch die weitere Verschleppung in der Lösung der kretischen Frage entstehen können, und daß es zur gewaltsamen Einsetzung eines Generalgouverneurs unter keinen Umständen eine Vermehrung der türkischen Truppen auf der Insel zulassen und in keinem Falle an irgendwelchen Zwangsmaßnahmen gegen die kretische Bevölkerung theilnehmen wird“, der neuesten Entwicklungsphase der orientalischen Frage eine wenig befriedigende Wendung gibt. Daß die Erklärungen des Herrn v. Bülow im Deutschen Reichstage vollstem Verständniß und zustimmender Würdigung begegnen, ist wohl zu begreifen. Müssen doch selbst linksliberale Blätter rückhaltlos anerkennen, daß Herr v. Bülow bei seiner Rede in der orientalischen Frage nur den Standpunkt eingenommen hat, von dem auch Fürst Bismarck stets ausgegangen ist. Manche Ausführungen des heutigens Staatssekretärs decken sich nahezu wörtlich mit den Auslassungen des Fürsten Bismarck vom Januar 1887 und vom Februar 1888. Damals sagte der erste Reichskanzler: „Was ist uns denn Bulgarien? Es ist uns vollständig gleichgültig, wer in Bulgarien regiert und was aus Bulgarien überhaupt wird; das wiederhole ich hier. Ich wiederhole alles, was ich früher mit dem viel gemißbrauchten und todtgerihtenen Ausdruck von den Knochen des pommerischen Grenadiers gesagt habe; die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von Niemand das Leitseil über den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren.“ Allein ebenso wenig wollte sich Fürst Bismarck in den Dienst der russischen Politik stellen; es sei ja die wahrscheinlichste Krisis, die eintreten könne, die orientalische. „Wenn sie eintritt, so sind wir bei ihr gerade nicht in erster Linie betheiligt; wir sind da vollkommen, und ohne irgend welcher Verpflichtung zu nahe zu treten, in der Lage, abzuwarten, daß die im Mitteländischen Meer in der Levante nächstbetheiligten Mächte zunächst ihre Entschliebungen treffen . . . wir werden, wenn orientalische Krisen eintreten, bevor wir Stellung dazu nehmen, die Stellung abwarten, welche die mehr interessierten Mächte dazu einnehmen. . . Wir werden gewaltsame Mittel nicht unterstügen und auch nicht dazu rathen.“ Ungefähr dasselbe hat vorgestern im Reichstage Herr von Bülow gesagt, indem er an die Worte von dem pommerischen Grenadier erinnerte und die Interesslosigkeit Deutschlands gegenüber den Fragen des Orients und des Mittelmeers scharf betonte.

So bedauerlich die Aufwerfung und naturgemäße Ablehnung des russischen Vorschlags vom Standpunkte der europäischen Gesamtinteressen auch ist, so mußte doch in die politische Rechnung das Guthaben eingestellt werden, das der Sultan seit der völligen Niederwerfung

Griechenlands bei der Lösung der kretischen Frage unlängbar einzusetzen vermag.

Wollten die Mächte, weil sie die faktische Gewalt über Kreta haben, sich der Verpflichtung entledigen, die sie seiner Zeit dem Sultan gegenüber eingegangen sind, wie könnte es dann diesem verargt werden, wenn er sich weigerte, aus Theffalien, über das er seinerseits die faktische Gewalt hat, für die er sich sogar auf das Recht der Eroberung zu berufen vermag, seine Truppen zurückzuziehen? Es ist doch nun einmal so, daß ihm bei dem Friedensschlusse von den Mächten die Fortdauer seiner Oberhoheit über Kreta verbürgt wurde, die nicht hinfällig sein kann, weil er an dem ihm zustehenden Rechte festhält, daß die Einsetzung eines Gouverneurs in Kreta seiner Zustimmung bedarf. Nun kann man sich allerdings denken, daß dem Sultan unter Umständen eine Pression erwünscht wäre, wenn er nämlich vor dem Willen Europas sich beugen wollte; er würde dann auf diese unwiderstehliche Pression sich berufen können, um den Zorn seiner Armee über diese sonderbare Frucht des theffalischen Krieges zu beschwichtigen. Der Sultan braucht nicht stärker erscheinen zu wollen, als das vereinigte Europa. Aber in der Lage, in der sich jetzt die Dinge befinden, wäre eine solche Demüthigung der Türkei, ein solches Zurückweichen des Sultans vor dem europäischen Zwange ein Signal für die Balkanregierungen, ihre widerwärtig beobachtete Zurückhaltung aufzugeben und auf die abermals schwer erschütterte Türkei loszustürmen. Im Handumdrehen könnte die Balkan-Halbinsel in Flammen stehen, Bulgarien seine Waffen nach Macebonien tragen und Serbien wiederum den Bulgaren in den Arm fallen. Und dies alles, nachdem Griechenland im vorigen Jahre von Europa preisgegeben worden, weil die Integrität der Türkei und die Souveränität des Sultans erhalten werden sollten. Die Gründe, welche das Petersburger Kabinet bestimmten, die Kandidatur des griechischen Prinzen aufzuheben, können unerörtert bleiben. Aber wenn Rußland sich mit sich selbst in Widerspruch setzt, müssen deshalb alle übrigen Mächte seinem Beispiele folgen? Vor dem griechisch-türkischen Kriege, als es sich vorerst nur um Kreta handelte, waren einige Mächte keineswegs sehr geneigt, das isolirte Griechenland der türkischen Uebermacht auszuliefern; alle aber einigten sich, um den allgemeinen Frieden vor Schaden zu bewahren, auf die Lösung von der Erhaltung der territorialen Integrität der Türkei und der Souveränität des Sultans, und allen ging Rußland mit besonderem Eifer voran. Von Rußland rührte, wie erinnerlich, der von den Mächten angenommene Antrag her, daß derjenige, der den Krieg beginne, keinen Vortheil davon haben dürfe. Und nun? Hätten europäische Beschlüsse überhaupt noch Werth und Autorität, wenn sie binnen Jahresfrist ohne irgend welchen zwingenden Grund in ihr Gegenteil verkehrt würden? Es mag sehr erwünscht sein, daß bald über die Frage entschieden werde, wer Gouverneur von Kreta sein soll. Aber so dringend, daß deshalb Europa sich in flagranter Weise mit sich selbst, mit seinen feierlichen Verpflichtungen und Entschliebungen vom vorigen Jahr in Widerspruch bringt, daß es auf Raubzüge der unruhigen Balkanregierungen gegen die Türkei Prämissen aussetzt, ist die kretische Gouverneursfrage nicht.

Es scheint, daß man in St. Petersburg die Wichtigkeit dieser Schlußfolgerung erkennt. Ist zwar der Umstand, daß das St. Petersburger Kabinet „verstimmt“ ist, kein besonders beruhigendes Sympton der politischen Lage, so ist doch andererseits aus der Thatfache, daß die russische Regierung in unabweisbarer Weise die Fortdauer der „allerbesten“ Beziehungen zu den den russischen Vorschlag ablehnenden Mächten amtlich verkündigen läßt, ein beruhigender Schluß zu ziehen. Man wird an den amtlichen russischen Stellen insbesondere anerkennen müssen, daß die Haltung der deutschen Politik in der brennenden Frage durchaus korrekt war und nach keiner Richtung geeignet ist, die sehr freundschaftlichen Beziehungen zwischen Berlin und St. Petersburg, die der Weltpolitik der jüngsten Zeit das Gepräge gaben, irgendwie zu trüben.

## Prozeß Zola.

Paris, 9. Februar.

Unter Zeichen großer Spannung wird General de Voisdeffre als Zeuge aufgerufen.

Labori fragt den Chef des Generalstabs: Kann der Zeuge sagen, welcher Art das Schriftstück ist, das Esterhazy einige Zeit vor seinem Erscheinen vor dem Kriegsgericht dem Kriegsminister hat zukommen lassen?

General de Voisdeffre antwortet, das fragliche Schriftstück bezieht sich auf die Dreyfus-Angelegenheit. Ich glaube daher von diesem Schriftstück nicht sprechen zu dürfen.

(Mit einer Beilage.)

Labori: General de Voisdeffre ist verantwortlicher Beamter und steht hier vor Gericht. Er kann sich nicht auf das Amtsgeheimniß berufen.

Voisdeffre antwortet: Das Amtsgeheimniß fällt zusammen mit dem Staatsgeheimniß.

Labori: Weiß der Zeuge etwas über die Persönlichkeit der verschleierte Dame?

Voisdeffre: Ich weiß nichts darüber. Wir hatten ein großes Interesse, es zu wissen, und veranstalteten eine Untersuchung, um es zu erfahren, konnten aber nichts ermitteln.

Labori: Kann der Zeuge sagen, wie das „befreiende“ Schriftstück aus dem Ministerium weggekommen ist?

Voisdeffre: Ich weiß es ebenso wenig.

Labori: Hat der Zeuge etwas von den Bemühungen des Oberlieutenants Picquart erfahren?

Voisdeffre: Ja.

Labori: Kann der Zeuge uns sagen, welche Anschuldigungen gegen diesen Offizier vorgebracht wurden?

Voisdeffre: Sie sind von zweierlei Art: die einen betreffen dienstliche Fehler, wie die Mittheilung der Briefe des Generals Gonse, die anderen Anschuldigungen sind dem militärischen Untersuchungsrath unterbreitet worden.

Labori: Aus welchen Gründen hat man Picquart eine Sendung ertheilt?

Voisdeffre: Auf Befehl des Kriegsministers.

Labori: Wurde er in Ungnade weggeschickt?

Voisdeffre: Man gibt keinem Offizier eine Sendung, wenn er in Ungnade ist.

Labori: Worin bestanden die Handlungen des Oberlieutenants Picquart in der Esterhazy-Angelegenheit?

Voisdeffre: Wir haben ihm vorgeschrieben, alles zu thun, um seine Zweifel über den Major Esterhazy genauer zu bestimmen, aber angeht die Ergebnisse, zu denen er gelangte, haben wir ihn aufgefordert, sich nicht um die Angelegenheit zu kümmern. Für mich ist die Schuld Dreyfus gewiß. Meine Ueberzeugung in dieser Hinsicht ist vollständig.

Labori: Will der Zeuge sagen, worauf sich seine Ueberzeugung stützt?

Voisdeffre: Auf die Thatfachen des Prozeßes, vor denen ich mich beuge mit der Achtung, die Jedermann ihnen schuldig ist. Andere Thatfachen sind dem Prozeß voraus, oder nachgegangen, die meine Gewißheit unwiederbringlich machen. Die so heftig angegriffenen Generalstabsoffiziere sind ehrliche Männer, die ihre Pflicht thun.

General Gonse: Der Verteidiger fragt ihn, welcher Art das Schriftstück gewesen sei, das Esterhazy vor dessen Erscheinen vor dem Kriegsgericht mitgetheilt wurde.

Gonse: Ich habe darauf nicht zu antworten.

Labori: Warum konnte Major Esterhazy sagen, daß dieses Schriftstück seine Erklärung sei?

Gonse: Ich habe nichts zu sagen.

Labori: Kennt der Zeuge die verschleierte Dame?

Gonse: Nein, es sind das Fallstricke, die Sie mir legen. (Anhaltender Lärm und Bewegung im ganzen Saale. Alles ist aufgestanden.)

Labori: Nach dem, was sich soeben zugetragen, habe ich dem Zeugen keine Frage mehr zu stellen. Ich wende mich daher an den Staatsanwalt, der ohne Zweifel sich erheben wird, um dem Hof, den ich trage, Achtung zu verschaffen. (Erregung.)

Generaladvokat Van Cassel bleibt sitzen. Da ruft Labori inmitten der athemlosen Spannung der Zuhörer, zu dem Gerichtshof gewandt: „Der Gerichtshof wird mit Recht geirrt, im Namen der ganzen Anwaltschaft. . .“ Rufe unter den Advokaten: Ja, ja! vereinzelt Rufe: Nein, nein! werden laut. Der ganze Saal erhebt sich und nimmt an der Kundgebung theil. Der Tumult ist ungeheuer. Der Vorsitzende läßt den Saal räumen. Eine langanhaltende Kundgebung für Labori begleitet diesen Zwischenfall. Nach und nach haben die Garbisten den Saal geräumt, in dem nur noch die Zeugen, einige Damen und die Journalisten verbleiben. General Gonse erscheint wieder vor der Schranke. Der Staatsanwalt erhebt sich mit den Worten: Ich bitte den Gerichtshof, mir einige sehr kurze Bemerkungen zu gestatten. Der Ausdruck, den der Zeuge gebraucht hat, muß über seine Gedanken hinausgegangen sein.

General Gonse tritt vor und erklärt mit einigen Worten, seine Ausdrücke seien über seine Gedanken hinausgegangen.

Advokat Floher erwidert, im Namen seiner Kollegen nehme er die Entschuldigungen des Generals Gonse an.

Labori: In meiner Laufbahn als Advokat habe ich nie eine angenehmere Erregung verspürt. Damit ist der Zwischenfall erledigt.

Der Major Gribelin, Archivar im Kriegsministerium, erklärt, er habe den Advokaten Leblois in dem Bureau des Obersten Picquart in dem Kriegsministerium gesehen, wo Leblois mit Picquart die Aktenstücke des Kriegsministeriums durchstöbert habe.

Leblois wird zurückgerufen. Er behauptet, daß alle Erklärungen des Zeugen Gribelin falsch seien.

Gribelin ruft: Ich schwöre vor Gott, daß ich die Wahrheit gesagt habe.

Leblois: Es ist nicht das erste Mal, daß der Zeuge mit gegenüber Unwahrheiten gesagt hat. Gribelin behauptet nochmals unter Berufung auf seinen Eid, die Wahrheit gesagt zu haben.

Leblois erklärt, er sei zu der Zeit, wo er nach der Behauptung Gribelin's im Kriegsministerium umhergestöbert haben sollte, gar nicht in Paris gewesen.

Der Advokat Clémenceau ersucht den Gerichtshof, davon Kenntniß zu nehmen, daß einer der beiden Zeugen die Unwahrheit gesagt haben müsse.

Der folgende Zeuge, General Mercier, früherer Kriegsminister, tritt in den Saal. Labori fragt den General Mercier, ob er Kenntniß von dem Bericht Ravary's in der Sache Esterhazy habe.

Mercier: Nein.

Labori: Können Sie sagen, ob im Prozeße Dreyfus ein geheimes Schriftstück in dem Berathungssaale den Richtern mitgetheilt worden ist?







Durch die planlose Abschließung von Handelsverträgen händen wir jetzt der ganzen Welt gegenüber mit gebundenen Händen da. Ob Oesterreich-Ungarn den Vertrag wieder erneuern wolle, sei zweifelhaft. Frankreich habe seine Meistbegünstigungsverträge alle nur mit ganz kurzer Kündigungsfrist abgeschlossen.

Abg. Werner (Reformp.) bespricht die Erwerbung von Staatsschulden in günstigem Sinne. Die Sozialdemokraten müßten übrigens eigentlich die chinesischen Arbeiter mit dem Bruderlusse begrüßen. Die weitere Verlängerung des Vertrages der Spielbank mit dem Fürsten von Monaco sei ein Schandfleck für Europa. Dem müßte Halt geboten werden.

Abg. Richter (r. Vpt.): Die Beschlüsse des Landwirtschaftsrathes seien monströs. Es sei der Rechten zum Verdienste anzurechnen, die landwirtschaftlichen Forderungen so offen klargelegt und das Reg. der bisherigen Präsen endlich zerissen zu haben. Die Frage der Handelsverträge könne nicht mit ein paar kavalermäßigen Redensarten abgemacht werden, das müsse für den Landwirtschaftsrath, für den Reichstag aber gehörige größere Vertiefung. Die Politik Bismarck in den letzten Jahren habe geschwankt. Gegenüber Deutschland hätten sich damals immer höhere Zollschranken aufgetürmt. Die Handelsverträge brachten uns dem gegenüber manche Konzeptionen dar. Nebst rühmlicher Rückkehr zu den gesunden Prinzipien des Zollvereins.

Abg. Graf Bismarck: Die Handelspolitik des Fürsten Bismarck soll planlos gewesen sein. Die Grundidee war die Herstellung und Festhaltung eines autonomen Tarifes im Sinne des Schutzes der nationalen Arbeit. Dies galt seit 1878. Wir haben mehrere Handelsverträge gehabt, die allerdings nicht weit reichen. Im Jahre 1889 haben vertrauliche Verhandlungen mit Oesterreich stattgefunden, aber Fürst Bismarck war für eine Herabsetzung der Getreidezölle nicht zu haben. Dies rief in Oesterreich keine Zustimmung hervor. Die Herren haben ein, daß uns das Hünd näher war als der Fock. Es war damals seitens der Diplomaten gesagt worden, daß neue Vorbereitungen getroffen werden müßten. Es kam die Krisis von 1890, wo alles von acht Tagen zu acht Tagen in der Schwebe war. Der Vorwurf der Planlosigkeit kann also bis dahin nicht gemacht werden. Die große Versammlung trat im April 1890 ein, wo das Wichtigste sofort hätte vorgenommen werden müssen: die Ausarbeitung eines doppelten Tarifes, eines Maximal- und eines Minimaltarifes. Dann hätten wir 1891 ganz anders vorbereitet an die Arbeit gehen können. Damals wurde nicht wie jetzt zu unserer Genugthuung zu einer Politik der Sammlung gerufen, sondern der Abspaltung der Zwietsch von Regierungstische unter die Interessengruppen geworfen. Wir sind ebenso wie der Abg. Richter Vertreter der Allgemeinheit und sind für Handelsverträge zu haben, die die Interessen der Allgemeinheit berücksichtigen. (Beifall rechts)

Abg. Hebel (Soz.) bespricht die Verwendung von Chinesen auf deutschen Dampfern. Die deutsche Arbeiterschaft hätte das größte Interesse am Abschluß günstiger Handelsverträge.

Abg. Hebel (nat.-lib.) begrüßt die Maßregeln gegen Amerika, das Opiumschmuggel u. s. w. Mit kleinen Maßregeln sei gegen Amerika wenig auszurichten. Die Rede des Abg. Richter habe von wenig innerer Kraft gezeugt. Abg. Hebel (nat.-lib.) erklärt die Aeußerung Hebel's, die deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaften entließen in Shanghai die deutschen Arbeiter, um Kulis an Bord zu nehmen, für unmähr.

Abg. Richter (Frei. Volksp.): Fürst Bismarck habe das Verdienst, im Jahre 1862 durch den deutsch-französischen Handelsvertrag das System der internationalen Verkehrsvereinigungen im Großen angebahnt zu haben. Zuletzt sei er davon abgekommen. Der Beschluß des Landesökonomikcollegiums bezüglich der Kanäle entspreche doch wohl auch nicht der wahren Meinung der Majorität unserer deutschen Landwirthe. Solche politische Weisheit gehöre nach Adbera.

Abg. v. Kardorff (D. Reichsp.): Fürst Bismarck habe selbst gesagt, daß er bis zum Jahre 1876 die Wirtschaftspolitik dem Minister Delbrück überlassen habe. Die Ansichten Richters gehörten nach Schopenhäus und Schillo (Heiterkeit und Unruhe).

Abg. P. a. a. (nat.-lib.): Die Tarifverträge sofort zu kündigen, ginge dem doch nicht an.

Abg. Richter (Frei. Volksp.): Die Chinesen würden sich allmählich die Zölle abnehmen; Kardorff aber und seine politischen Freunde würden sich mit ihrem bimetallicischen Zopf begnügen lassen. (Heiterkeit.)

Es folgen Bemerkungen der Abgg. Freiherr von Stumm (D. Reichsp.) und Graf Scherwin-Lewis (konf.).

Abg. Dr. Barth (Frei. Ver.) fragt an, wie der Stand unserer Verhandlungen mit England bezüglich eines Vertrages sei.

Staatssekretär v. Bülow: Auf die Anfrage des Abg. Dr. Barth kann ich nach Lage der Verhältnisse nur erwidern, daß die Grundzüge der von uns an England zu richtenden Vorschläge zwischen den beteiligten Ressorts festgelegt worden sind, und daß wir diese, unsere Vorschläge nach London mitgetheilt haben und jetzt Englands Antwort abwarten. Mehr glaube ich mit Rücksicht auf den schwebenden Stand der Angelegenheit nicht sagen zu können.

Titel 1. „Staatssekretär“, wird angenommen, ebenso weitere Titel bis zu Titel 11.

Schluß der Sitzung 5 Uhr 40 Minuten.

**Berlin, 10. Februar.** Die Verathung des von den Abg. Auer und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs auf Aufhebung der Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts wird fortgesetzt.

Abg. Bachnide (Frei. Ver.): Die in Aussicht gestellte reichsrechtliche Regelung bildet schon nichts mehr als ein Schaustück auf dem Glaschranke der Verfassung. Die Theilnahme der Frauen an Vereinen und Versammlungen muß erlaubt werden.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

\* **Potsdam, 10. Febr.** Seine Majestät der Kaiser begab sich heute Vormittag 10<sup>1/2</sup> Uhr zu Wagen nach Spandau, woselbst auch der Großfürst Konstantin von Berlin eintraf.

\* **Hamburg, 10. Febr.** Die Generalversammlung der Werftarbeiter von Hamburg, Albeck, Bremen u. s. w. beschloß einstimmig die Gründung eines Centralverbandes für Deutschland.

\* **Wien, 10. Febr.** Beim Kanalbau ist seit heute eine große Anzahl Arbeiter wegen Lohnhöheren ausständig geworden.

\* **Budapest, 10. Febr.** In der Gemeinde Karasz sollte kürzlich wegen Majestätsbeleidigung und offenen Auftrubs eine Untersuchung eingeleitet werden. Sofort machten sich zur Befreiung der Verhafteten etwa 250 Bauern mit Knütteln und Heugabeln nach Risnarada auf.

\* **Paris, 10. Febr.** Nach dem heutigen Dekret umfaßt das neue 20. Armeecorps vier Subdivisionen, die auf die Departements Meurthe-et-Moselle, Vogesen und Aube vertheilt sind.

\* **Paris, 10. Febr.** Vor dem Zuchtpolizeigericht fand gestern die Verhandlung in der Anklageache Reinach-Rochefort statt. Rochefort wurde zu fünf Tagen Gefängnis und 1000 Francs Geldstrafe, sowie dazu verurtheilt, an Reinach 2000 Francs Entschädigung wegen Verläumdung zu zahlen.

\* **Paris, 10. Febr.** In einer Unterredung mit dem Berichtserstatter eines Abendblattes erklärte Rochefort, daß seine Verurtheilung auf Befehl der Regierung erfolgt sei. Seine Verurtheilung beweise, daß die Campagne zu Gunsten der vor sieben Monaten von Billot versprochenen Revision des Prozeßes Drehfus von oben unterstützt werde.

\* **Rom, 10. Febr.** Die „Opinione“ spricht ihre Befriedigung über die gestrigen Erklärungen des deutschen Staatssekretärs v. Bülow aus und bezeichnet sie als Muster der Gelassenheit.

\* **London, 10. Febr.** Die „Times“ melden aus Peking vom 9. d. M.: Der japanische Gesandte theilt dem Jungli-Jamen mit, daß Japan nicht im Stande sei, eine weitere Ausdehnung der Frist zur Zahlung der Kriegsschädigung zu gewähren.

\* **St. Petersburg, 10. Febr.** Das Kaiserpaar meldete sich für heute bei dem englischen Botschafter an.

\* **Athen, 9. Febr.** Gestern hat vor dem Seekriegsgericht der Prozeß gegen den Jährlich Kofforis stattgefunden, der beschuldigt wird, während des griechisch-türkischen Krieges von Stathos aus an den damaligen Marineminister Levidis telegraphirt zu haben: Kommodore Sachturis verräth uns, weil wir Ihre Befehle nicht ausführen. Der als Zeuge vernommene Marineminister Levidis erklärt, er habe nach dem Empfang der Depesche des Jährlich Kofforis den König gebeten, Sachturis abzuuberufen, und der König habe nach einigem Zögern dieser Bitte stattgegeben. Der unglückliche Ausgang des Krieges sei der Nichtausführung seiner Befehle zuzuschreiben. Der als Zeuge vernommene Prinz Georg erklärte, Sachturis habe seine Pflicht gethan. Wenn Sachturis nicht alle Befehle ausgeführt habe, so sei das dem Widerspruche in den Befehlen und dem Mangel an Munition zuzuschreiben.

\* **New-York, 10. Febr.** Die hiesige kubanische Junta hat der Presse einen Brief übermittelt, der angeblich von dem spanischen Gesandten in Washington, Dupuy de Lome, herrührt. Der Brief, der in Havannah von einem Cubaner entwendet wurde, enthält beleidigende Bemerkungen über Mac Kinley. Es verlautete zuerst, de Lome habe die Echtheit des Briefes geläugnet. Nach späteren Telegrammen aus Washington ist seitens de Lome nichts geheißen, die Authentizität zuzugeben oder abzulängeln. In den amtlichen Kreisen von Washington hat die Angelegenheit großes Aufsehen hervorgerufen. Staatssekretär Sherman hat, wie ein Telegramm aus Washington meldet, geäußert, wenn de Lome thatsächlich einen solchen Brief geschrieben hätte, so würde ein Verstoß gegen die in diplomatischen Kreisen herrschenden Umgangsformen bilden, von dem die Regierung Notiz nehmen müße.

\* **Washington, 10. Febr.** Das Staatsdepartement erklärt, nunmehr stelle der spanische Gesandte Dupuy de Lome nicht mehr in Abrede, der Urheber des Briefes an den früheren spanischen Minister Cavolejas zu sein. In Folge dessen habe das Staatsdepartement dem amerikanischen Gesandten in Madrid die nöthigen Mittheilungen gemacht, die in den Händen der spanischen Regierung seien. Doch sei es nicht angemessen, den Inhalt derselben zu veröffentlichen.

\* **New-York, 10. Febr.** Nach einem Telegramm aus Washington soll Dupuy de Lome wiederholt seine Entlassung nachgesucht haben.

\* **San Francisco, 10. Febr.** Nach einem Telegramm aus San José, Guatemala, soll der Präsident von Guatemala ermordet worden sein.

\* **Washington, 10. Febr.** Der hiesige Gesandte von Guatemala erhielt ein Telegramm, durch welches die Nachricht von der Ermordung des Präsidenten Barrios bestätigt wird. Vicepräsident Cabrera übernahm die Präsidenschaft. Das Land ist ruhig.

\* **Bratavia, 10. Febr.** Präsident Krüger ist auf weitere fünf Jahre zum Präsidenten der Südafrikanischen Republik gewählt worden.

### Verschiedenes.

† **Berlin, 10. Febr.** (Telegr.) Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Kopenhagen: Heute Nachmittag explodirten bei der Zubereitung eines neuen Sprengstoffes im hiesigen Militär-Laboratorium einige Säurebehälter, wodurch vier Arbeiter schwer verletzt wurden.

† **Kiel, 10. Febr.** (Telegr.) Gestern fand vom Garnisonslazareth aus die festerliche Ueberführung der bei dem jüngsten Unfälle im Kieler Hafen verunglückten Matrosen nach dem Garnisonfriedhof statt. Marinepfarrer Rogge hielt in der Leichenhalle eine ergreifende Trauerrede. Dem Leichenwagen folgte eine große Anzahl von Offizieren, unter denen sich befand: als Vertreter Seiner Majestät des Kaisers Admiral Koseff, welcher im Auftrage des Kaisers einen Kranz an den Särgen niedergelegt hatte.

† **Mech, 10. Febr.** (Telegr.) Dem Oberbürgermeister Cramer ging ein Telegramm Seiner Majestät des Kaisers zu, in welchem Allerhöchsterseits mittheilt, daß er in landswirthschaftlichem Wohlwollen und Interesse für die herrliche alte Stadt Mech, dem Wunsch derselben entsprechend, die alte Süd- und Ostumwallung fallen lasse und ihre Schließung beschließen habe.

### Großherzogliches Hoftheater.

**Spielplan.**

Freitag, 11. Febr. Abth. B. 40. Ab.-Vorst. (Kleine Preise): „Das Glöckchen des Eremiten“, komische Oper in 3 Auf-

zügen nach dem Französischen des Locroy und Cormon, deutsch von G. Ernst, Musik von Aimé Mailart. Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.

Sonntag, 12. Febr. Abth. A. 41. Ab.-Vorst. (Kleine Preise): „Neu einstudirt: „Febora“, Drama in 4 Akten von Victorien Sardou, deutsch von Paul Lindau. Anfang 7 Uhr.

Sonntag, 13. Febr. Abth. C. 40. Ab.-Vorst. (Mittelpreise): „Undine“, romantische Zauberoper in 4 Aufzügen, nach Fouquet's Erzählung frei bearbeitet. Musik von Albert Lortzing. Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.

### Familiennachrichten.

Auszug aus dem Karlsruher Standesbuch-Register.  
Geburten. 3. Febr. Pauline Wilhelmine, B.: Andreas Schaffner, Schreiner. — 4. Febr. Marie Luise, B.: Friedrich Wilhelm Schäfer, Milchhändler. — 6. Febr. Elisabetha Elsa, B.: Anton Bächle, Kutscher. — 8. Febr. Johannes Friedrich Ernst, B.: Karl Adam Fint, Buchhalter. — 9. Febr. Gerhard Wilhelm August, B.: August Pfetsch, Uhrmacher. — Wilhelm Karl, B.: Wilhelm Malmsheimer, Schuhmacher. — Franz Josef Emil, B.: Bernhard Gurt, Schreiner.  
Todesfälle. 9. Febr. Magdalena, 8 M. 14 J., B.: Gustav Beck, Gasarbeiter. — 10. Febr. Auguste Krafft, ledige Privatdame, 70 J.

### Wetterbericht der Deutschen Seewarte in Hamburg vom 10. Februar 1898, 8 Uhr Morgens.

Die Wetterlage hat sich seit gestern nicht erheblich geändert. Das Hochdruckgebiet, welches sich von der Biscayasee nordostwärts nach Nordosteuropa erstreckt, hat an Höhe zugenommen und scheint sich südostwärts zu verlagern, so daß das Hochwetter, welches heute in Deutschland und dem innern Frankreich eingetreten ist, nicht von langem Bestand sein dürfte. Das Wetter ist in Deutschland ruhig, theilweise heiter, stellenweise ist etwas Niederschlag gefallen. Eine wesentliche Veränderung ist voraussichtlich nicht zu erwarten.

### Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. in mm	Therm. in °C	Wind. in m/sec	Feuchtigkeit in %	Wind	Himmel
9. Nachts 9 U.	759.0	1.9	3.8	73	SW	bedeckt
10. Morgs. 7 U.	762.5	0.2	4.0	85	Still	heiter
10. Mittags 2 U.	762.9	3.3	3.3	56	NE	heiter

Höchste Temperatur am 9. Febr. 5.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 0.0.  
Niederschlagsmenge des 9. Febr. 0.2 mm.

Wasserstand des Rheins. Magau, 10. Febr.: 2.91 cm, gefallen 2 cm.

### Telegraphische Kursberichte vom 10. Februar 1898

**Frankfurt.** (Anfangskurse.) Kreditaktien 307<sup>1/2</sup>, Staatsbahn 293<sup>1/2</sup>, Lombard. 71<sup>1/2</sup>, 3<sup>1/2</sup> Portugiesen 21.70, Egypter 108.70, Ungarn 103.30, Diskonto-Kommandit 202.60, Gotthardaktien 150.30, 3<sup>1/2</sup> Mexikaner 25.80, 6<sup>1/2</sup> Mexikaner 97.80, Ottomanbank 111.20, Türkenloose 35.90, Italiener 93.70. Tendenz: still.

**Frankfurt.** (Schlußkurse.) Wechsel Amsterdam 169.43, Wechsel London 204.25, Paris 80.93, Wien 170.—, Italien 76.75, Privatdiskont 2<sup>1/2</sup>, Napoleons 16.20, 4<sup>1/2</sup> Deutsche Reichsanleihe 104.—, 3<sup>1/2</sup> Deutsche Reichsanleihe 97.50, 4<sup>1/2</sup> Preuß. Konsole 103.90, 4<sup>1/2</sup> (3<sup>1/2</sup> abg.) Baden in Gulden 100.80, 4<sup>1/2</sup> (3<sup>1/2</sup> abg.) Baden in M. 102.20, 3<sup>1/2</sup> Baden in M. 102.90, 3<sup>1/2</sup> Baden in M. v. 97.10, 4<sup>1/2</sup> Monopolgriechen 41.30, 3<sup>1/2</sup> Italiener 93.80, Oester. Goldrente 103.90, Terr. Silberrente 87.—, Oester. Loose v. 1860 126.85, Portugiesen 33.80, Neue 4<sup>1/2</sup> Russen 67.25, 4<sup>1/2</sup> Serben 63.20, Spanier 61.80, Türkenloose 35.90, 1<sup>1/2</sup> D-Türken 22.35, 4<sup>1/2</sup> Ungar. Goldr. 103.35, Ang. Kronenrente 100.15, 5<sup>1/2</sup> Argentinier 79.40, 5<sup>1/2</sup> Chinesen 101.35, 6<sup>1/2</sup> Mexikaner 97.85, 5<sup>1/2</sup> Mexikaner 95.40, 3<sup>1/2</sup> Mexik. 25.70, Berliner Handelsgesellschaft 172.90, Dormstädter Bank 158.40, Deutsche Bank 209.70, Dresdener Bank 163.50, Badische Bank 118.—, Rhein. Kreditbank 137.90, Rhein. Hypothekbank 169.80, Pfälz. Hypothekbank 163.70, Oester. Länderbank 185<sup>1/2</sup>, Wiener Bankverein 225<sup>1/2</sup>, Ottomanbank 111.30, Mailänder —, Elbthalaktien —, Schweizer Centralbank 141.50, Schweizer Nordostbahn 107.70, Schweizer Union 76.30, Jura-Simplon 86.—, Mittelmeerbahn 95.90, Meridionalbank 136.—, Badische Zuckerfabrik 56.—, Harner 176.—, Nord. Lloyd 110.90, Packerfabrik 116.—, Orléans Maschinenfabrik 239.80, Karlsruher Maschinenfabrik 197.—, North Brer. 65.50, A. G. 282.50, Schudert 264.— (2<sup>1/2</sup> Uhr.) Kreditaktien 308<sup>1/2</sup>, Diskonto-Kommandit 202.50, Staatsbahn 294<sup>1/2</sup>, Lombarden 71<sup>1/2</sup>. Tendenz: befestigt.

**Frankfurt.** (Kurse von 2<sup>1/2</sup> Uhr Nachm.) Kreditaktien 308<sup>1/2</sup>, Diskonto-Kommandit 202.30, Staatsbahn 294.—, Lombarden —. Tendenz: fest.

**Frankfurt.** (Abendkurse.) Kreditaktien 308<sup>1/2</sup>, Diskonto-Kommandit 202.50, Staatsbahn 294<sup>1/2</sup>, Lombarden 72.—, Gelsenkirchen —, Harpener —, Laurahütte —, Türkenloose —, 6<sup>1/2</sup> Mexikaner —, Jura Simplon 86.—, Italiener 94.—. Tendenz: still.

**Berlin.** (Anfangskurse.) Kreditaktien 228.50, Diskontokommandit 202.40, Deutsche Bank 209.70, Berliner Handelsges. 173.20, Bochumer Gußst. 196.20, Laurahütte 183.20, Harpener 175.60, Dortmund 96.50. Tendenz: lustlos.

**Berlin.** (Schlußk.) 4<sup>1/2</sup> Reichsanl. 104.—, 3<sup>1/2</sup> Reichsanl. 97.60, 4<sup>1/2</sup> Preuß. Konsole 103.90, Oester. Kredit 228.80, Diskonto Kommandit 202.20, Dresdener Bank 163.80, Nationalbank für Deutschland 156.20, Bochumer Gußstahl 197.—, Gelsenkirchen Bergwerk 178.20, Laurahütte 183.40, Harpener 176.50, Dortmund 96.80, A. G. 283.20, Schudert 264.—, Dynamit Trust 175.20, Rhein-Wolffweiler Pulverfabr. 222.—, Deutsche Metalltrouwenfabrik 337.—, Staatsbahn 145.—, Kanada-Pacific 82.40, Privatdiskont 2<sup>1/2</sup>.

**Berlin.** (Nachbörse. Schluß.) Diskonto-Kommandit 202.40, Deutsche Bank 209.70, Dortmund 96.90, Bochumer 196.50.

**Briefbericht.** Der heutige Börseverkehr litt unter großer Lustlosigkeit. Auf den meisten Umfakgebieten zeigte sich Neigung zur Abschwächung. Der Montanwerth war widerstandsfähiger. Von Bahnen Amerikaner nach anfänglicher Festigkeit nachgebend. Transvaal fester, Fonds still, aber fest. Privatdiskont 2<sup>1/2</sup>.

**Wien.** (Vorbörse.) Kreditaktien 363.62, Staatsbahn 341.50, Lombarden 81.—, Marknoten 58.80, 4<sup>1/2</sup> Ung. Gold. 121.40, Papierrente 102.55, Oester. Kronenrente 102.80, Länderbank 218.—, Ungar. Kronenrente 99.50. Tendenz: fest.

**Paris.** (Anfangskurse.) 3<sup>1/2</sup> Rente 102.60, Spanier 61<sup>1/2</sup>, Türken 22.35, 3<sup>1/2</sup> Italiener 93.76, Ottomanbank 660.—, Rio Tinto 708.—. Tendenz: —.

**Paris.** (Schlußkurse.) 3<sup>1/2</sup> Rente 103.70, 3<sup>1/2</sup> Portugiesen 20<sup>1/2</sup>, Spanier 61<sup>1/2</sup>, Türken 22.62, Ottomanbank 662.—, Rio Tinto 712.—, Banque de Paris 943.—, Italiener 93.95, Debeers 762.—, Robinson 222.—. Tendenz: fest.

**London.** (Südafrikan. Minen.) Debeers 30<sup>1/2</sup>, Chartered 2<sup>1/2</sup>, Goldfields 4<sup>1/2</sup>, Randfontein 2.—, Eastrand 5<sup>1/2</sup>, 6<sup>1/2</sup> Argentinier (innere) 31.30, Athliffon Top 32<sup>1/2</sup>, Louisa. Raffin. 60<sup>1/2</sup>.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.



